

# Graphische Stimmen

Organ des Graphischen



Zentralverbandes \* Köln

Christlich-nationale Gewerkschaft für die

graphische u. papierverarbeitende Industrie

26. Jahrgang

Bezugspreis vierteljährlich 60 Pf.  
monatlich 20 Pf. ohne Postgeb.

Köln, den 5. Juli 1930

Ersteinst vierzehntägig Samstags  
Eingelnummer kostet 10 Pfennig

Nummer 14

## Wirtschaftskrise - Volksgemeinschaft

Das politische Barometer steht auf Sturm! Es fehlen rund 850 Millionen RM. im Reichshaushalt, zur Deckung des Einnahmeausfalles, für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsbeschaffung. Kein Mensch weiß, ob die Zahl sich nicht noch bedeutend erhöht. Weiteres Ansteigen der Arbeitslosenziffer bedeutet neue, weitgehende Steuererhöhungen; bedingt Minderung des Volkseinkommens, Drohung von Umlag und Produktion. Dadurch kann über Nacht die bisherige Rechnung erschüttert werden. Es eilt demnach!

Die Sanierungspläne der Regierung sind bekannt. Sie sehen teils Einnahmesteigerungen, teils Ausgabenentlastung vor. Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, Verkauf von Vorzugsaktien der Reichsbahn, Änderung der Termine für Zahlung der Zigarettensteuer und das so sehr umstrittene Notopfer sollen die dringend benötigten Mehreinnahmen bringen. Auf der Ausgabe Seite soll kräftig gespart werden. Außerdem sind durch Ersparnisreformen in der Arbeitslosenversicherung ca. 115 Millionen RM. Weniger auszugeben errechnet.

In Einzelheiten der Vorlage kann man kritisieren. Auch wir sehen manche Schönheitsfehler, sehen manche Härte, besonders in der Reform der Arbeitslosenversicherung. Das Ziel der ganzen Pläne ist aber, an die Wurzel der Krisenverhältnisse heranzukommen. In Versuchen, augenblickliche Notstände zu mildern, oder an den Symptomen der Wirtschaftskrise herumzubockern, hat es auch bisher nicht gefehlt. Das vorliegende Deckungsprogramm will dagegen eine einheitliche Staats- und Wirtschaftspolitik einleiten. Durch Senkung der Produktionskosten und Preise soll eine Belebung der Wirtschaft und Verbesserung des Arbeitsmarktes erreicht werden. In Verbindung damit steht der Vorschlag eines Arbeitsbeschaffungsprogrammes und eines Ausgabenentlastungsgesetzes zur Verminderung der öffentlichen Lasten. Es gehört auch dazu, was zur Wiederentlastung der Landwirtschaft, für die Öffentliche und zur Sanierung der Finanzen vorgeschlagen war. Diese ganzen Pläne bilden ein einheitliches Ganzes, und müssen unter diesem Gesichtswinkel betrachtet werden. Härten und Fehler können späterhin immer noch ausgemergelt werden. Hauptsache ist, daß dem Volksganzen sofort geholfen wird.

### Die Hauptursachen der Weltwirtschaftskrise

liegen im Weltkrieg und in den Kriegsfolgen. Die Zerschlagung der mittel- und westeuropäischen Staaten, die allgemeine Verarmung ihrer Bevölkerung; die Erschöpfung des Güterauslaufes durch hohe Zollmauern, das Streben bisher abhängiger Völker nach Selbstständigkeit, die Aufrichtung eines eigenartigen Wirtschafts- und Staatensystems in der Sowjet-Union sind einige hauptsächlichste Ursachen dieser Nachkriegsentwicklung. In vielen Staaten vollzog sich eine übersteigerte Industrialisierung, verstärkt durch übertriebene Rationalisierung und sprunghafte Produktionssteigerung. Im Verein mit dieser Entwicklung brachte die starke Verschiebung der Goldbestände und das Zurückbleiben der Goldproduktion hinter der Nachfrage einen starken Rückgang fast aller Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und industrielle Rohstoffe.

Trotzdem wurden die Preise für Fertigwaren hochgehalten, ja in zahlreichen Industrien eine Preissteigerung durchgeführt. Die Aufblähung des Handels, die übergroßen Spannen zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen und vor allem das Preisdriften der Kartelle verschuldeten diesen Zustand. Auf der Weltmarktkonferenz wurde erst dieser Lage festgestellt, daß die amerikanische Elektroindustrie das 15fache der Herstellungskosten verdient.

### Die deutsche Wirtschaftskrise

erfährt eine Verschärfung gegenüber den anderen Ländern durch die ungeheure Minderung der deutschen Produktions- und Kaufkraft infolge der Reparationsleistungen, der Inflation und der riesigen Verschuldung. Außerdem trat eine erhebliche Steigerung der Erwerbstätigen gegenüber der Vorkriegszeit bei vermindertem Volksraum ein. Ein stark übersehener Verwaltungsapparat in Reich, Län-

dern und Kommunen führte zu starken steuerlichen Belastungen. So mußte die wirtschaftliche Entwicklung gelähmt werden. Das große Heer der durch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit betroffenen Arbeiterschaft kann die verteuerten Erzeugnisse nicht kaufen. Der Konsum geht also dauernd zurück. Solange demnach den arbeitslosen Massen nicht Arbeit und Verdienst gegeben werden kann, ist eine Behebung der Wirtschaftskrise nicht denkbar. Das haben wir schon in der vorigen Nummer eingehend nachgewiesen.

Jedes Volk bildet durch Zusammenleben und gemeinsames Schicksal eine

### Volksgemeinschaft.

Auch das deutsche Volk! In den letzten Jahren wurde der Begriff Volksgemeinschaft leider zum Schlagwort. Bei vielen wurde es aus ehrlicher Überzeugung gebraucht, bei vielen anderen mußte es aber zur Verbrämung von Eigenmuß und Selbstsucht dienen, verdeckte es kalte Berechnung und Wahrung des eigenen Vorteils. Betrachtet man heute die Vorgänge beim Kampf um das Regierungsprogramm, so sieht man viel überspitzten Interessens- und Kastengeist — aber wenig Volksgemeinschaft. Mit einer auf den Befehlen organischen Lebens aufgebauten Schicksalsverbundenheit hat die Stellungnahme derer, die vom Notopfer erfaßt werden sollen, jedenfalls nichts gemein. Die Hege gegen das Notopfer ist das beschämendste, was sich das deutsche Volk — von Teilen seiner bestgestellten Volksgenossen — je bieten lassen mußte. Alles scheint aus dem Häuschen. Mit Hochdruck wird öffentliche Meinung gemacht. Beamte mit 15.000 Jahreseinkommen scheuen sich nicht, öffentlich zu beweisen, daß sie unmöglich „noch mehr opfern“ könnten. Selbst der „deutsche Bürgermeisterbund“ — Leute, die ganz gewiß annehmbare Bezüge einstecken — wendet sich „mit aller Entschiedenheit“ gegen die „einseitige Belastung der Beamtenschaft“. Man redet von unheilbarer Schädigung des Vertrauens, von Beschneidung wohlverworbener Rechte.

All die Einwände, auch der Hinweis, die Kaufkraft der vom Notopfer betroffenen Kreise würde geschwächt, sind nur Deckmantel für ausgeprägteste Selbstsucht. Dieser Egoismus, dieser Mangel an Opferwilligkeit, ist so offensichtlich, daß er auch mit den schönsten Redensarten nicht verdeckt werden kann.

Sozialreaktionäre Kreise wollen die augenblickliche Krise nicht durch ein Notopfer, sondern durch Lohnabbau auf der ganzen Linie beheben. Die breiten Massen der Lohnarbeiter, die ohnedies schon am meisten Gedrückt und Beladenen, sollen die ganzen Lasten tragen. Kapitalneubildung, Selbstfinanzierung und ähnliches hält man dort für unantastbare, selbstverständliche Rechte. Ob die Arbeiterschaft wirtschaftlich und moralisch zu Grunde geht, spielt in den Betrachtungen über den eigenen augenblicklichen Vorteil eine untergeordnete Rolle. Volksgemeinschaft? Nein, Profitgier, Selbstsucht in Reinkultur!

Das ganze Volk hat den Krieg verloren, daher müssen auch die Wirkungen vom ganzen Volk getragen werden. Die deutsche Arbeiterschaft hat in schweren Schicksalsstunden schwerste Opfer gebracht. Opfer, die nicht zuletzt auch der Beamtenschaft zugute kamen. Sie darf daher in der gegenwärtigen Notzeit einen Teil derselben Opferbereitschaft auch von den Beamten verlangen. Findet sich diese Bereitschaft nicht, dann . . . . . Reagierung werde hart!

Hand in Hand mit all diesen Maßnahmen muß eine Steigerung der Kaufkraft der breiten Massen gehen, deshalb

### Abbau der Preise!

Notwendig ist vor allem eine Senkung der kartellgebundenen Preise und ein Verbot der Preisbindung für Wiederverkäufer. Das Mißverhältnis zwischen Soll- und Habenzinsen muß beseitigt werden. Eine großzügige Verwaltungsreform zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung, Senkung der öffentlichen Ausgaben durch Abbau überhöhter Gehälter und Pensionen muß diese Aktion stützen und fördern. Ein Abbau der Sozialpolitik muß den schärfsten Widerstand der Arbeiterschaft finden. Nur so kann die notwendige Steigerung der Kaufkraft, damit die Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft erreicht werden. Ohne Rücksicht auf Standes- und Gruppeninteressen müssen alle Mittel angewandt werden.

Alle Schichten und Stände müssen zur Behebung der Volksnot beitragen, dann wird auch die Wirtschaftskrise beseitigt und der Volksgemeinschaft gedient. J. R.

## Lohnsenkung -

## Preisabbau - Wirtschaftsbelebung

Den verschiedensten Vorschlägen und Versuchen, die zu einer Belebung der Wirtschaft führen sollten, war ein negatives Ergebnis beschieden. Jetzt wird vielfach der Gedanke empfohlen, durch eine Senkung der Löhne den Preis der Waren herabzubringen, um durch einen so zu erwartenden Mehrabsatz die Wirtschaft anzufurbeln und neu zu beleben. Ist nun durch Lohnsenkung ein Warenpreisabbau, damit Mehrabsatz und so eine Wirtschaftsbelebung zu erwarten?

Die Vertreter dieses Satzes gehen von dem Marktgesetz des Angebotes und der Nachfrage aus. Sie sehen die Arbeitskraft des Menschen als eine Ware an, die überangeboten wird. Das einzige Hindernis, das der Anwendbarkeit dieses Marktgesetzes auf die Arbeitskraft entgegensteht, sind die Tarifverträge. Hätten wir keine Gewerkschaften und keine Tarife, so wäre auf dem Arbeitsmarkte ein Freihandel in Arbeitskräften und der letzte erwerbslose Arbeiter bestimmte den Lohn. Einer würde den andern überbieten, um in Arbeit zu kommen.

Wenn das Gesetz von Angebot und Nachfrage auch auf alle marktgehandelten Artikel Anwendung finden kann, so hat es immerhin für die marktgehandelten „Waren“ Arbeitskraft nur bedingte Richtigkeit. Die Arbeitskraft muß sich reproduzieren können. Die unterste Grenze der Reproduktionskosten ist das Existenzminimum des Arbeiters, d. h. der Arbeiter verdient gerade noch soviel, daß er leben kann. Das aber hat zur Folge, daß er Entbehrungen ausgeht, seine Widerstandskraft gegen Krankheiten geschwächt wird. Trotzdem die Arbeiterschaft zum größten Teil heute nur über das nackte Existenzminimum verfügt, gibt es immer noch Arbeitgeber, die die heute gezahlten Löhne als zu hoch bezeichnen und einen Lohnabbau propagieren.

Lohnabbau glaubt man den Arbeiter schmächter machen zu können, indem man zu beweisen versucht, daß mit einem Abbau der Löhne eine Preisentkung einherginge. Die Arbeitgeber argumentieren folgendermaßen: Werden die Löhne gesenkt, dann fällt der Preis der Ware, da sie nicht mehr mit dem früheren höheren Lohn belastet ist. Infolge dieser Warenpreisentkung kann mehr gekauft werden, es muß also als weitere Folge mehr produziert werden. Diese Mehrproduktion gestattet es, neue Kräfte in den Produktionsprozeß einzugliedern und somit die Zahl des Arbeitslosenheeres zu verringern.

Diese Arbeitgeberrechnung hat aber einen großen Fehler. Unterstellen wir zunächst einmal, daß der Preisabbau mit der Lohnsenkung gleichen Schritt hält, so kann immer noch nicht behauptet werden, daß damit gleichzeitig ein größerer Warenabsatz verbunden ist. Fällt der Preis einer Ware, so kann man in den meisten Fällen mit einem Mehrabsatz der Waren rechnen; weil die Käufer bei verbilligtem Preise mehr an Ware erhalten als vorher, und weil eine billigere Ware die Kaufkraft, die früher anderen Waren zufließt, anzieht.

Etwas anderes aber ist es, wenn alle Waren eine Preisentkung erfahren. Keine Ware ist dann instand, die Kaufkraft von anderen Waren auf sich zu ziehen. Ein Mehrabsatz ist in diesem Falle nur möglich, wenn von allen Warenartungen entsprechend mehr gekauft wird. Notwendig ist aber dazu, daß die Kaufkraft höher ist, wie vor der Preisentkung.

Durch eine Lohnsenkung wird das Einkommen der arbeitenden Bevölkerung aber bedeutend vermindert. Das hat zur zwangsläufigen Folge, daß die breiten Bevölkerungsschichten trotz verbilligter Preise nicht mehr kaufen können als früher. Der größere Warenbedarf kann also trotz herabgesetzter Preise nicht gedeckt werden. Die erhoffte Wirtschaftsbelebung bleibt daher aus.

Es ist auch nicht so ganz sicher, daß bei einer Lohnsenkung der Preisabbau gleichen Schritt halten würde. Ein Teil, und vielleicht sogar der größere, würde beim

Zwischenhandel hängen bleiben. Wirtschaftspolitisch wäre das der größte Fehler, wenn auf Kosten der Bohnsentung dem Zwischenhandel größere Gewinnchancen gegeben werden sollten.

In diesem Zusammenhang interessiert die Behauptung von Adam Smith, der auch die Marktpreis-theorie des Lohnes erörterte. Nach ihm wird die Lohnhöhe durch die Höhe der nachgefragten und angebotenen Arbeitskraft auf dem Markte bestimmt. Bei sinkenden Marktpreisen der Produkte sinkt der Arbeitslohn relativ stärker, als der Kapitalgewinn und die Bodenrente. Bei steigendem Preise auf dem Markte steigen Kapitalgewinn und Bodenrente verhältnismäßig stärker, als der Arbeitslohn.

Erkennt man diese Smith'sche Behauptung als richtig an, so kommt man zu dem Ergebnis, daß der Warenpreis nicht im gleichen Maße fällt, wie der Lohn sinkt. Das wirksamste Mittel, den Warenabfluß zu steigern, ist, bei stabilen Preisen den Nominallohn zu erhöhen bzw. bei stabilen Löhnen den Warenpreis zu senken. Dadurch wird ein Konjunktur bildender Einkommensteil geschaffen, der es dem Arbeiter ermöglicht, Waren zu kaufen, die außerhalb des Rahmens seines Existenzminimums liegen. Hierdurch würde ein Konjunkturaufschwung und eine Belebung der deutschen Wirtschaft viel eher eintreten, als nach der oben dargelegten Arbeitgeberrechnung.

Daß eine Preisentung auf dem deutschen Inlandsmarkt möglich ist, wird schon dadurch bewiesen, daß viele deutsche Waren auf den Auslandsmärkten billiger angeboten werden, als auf dem Inlandsmarkt.

Im „Magazin der Wirtschaft“ (Nr. 8 vom 21. Februar 1930, Seite 377) geht Professor Georg Bernhard auf die Frage ein, ob man die Produktionskapazität der Betriebe durch Hereinnahme von Verlustgesellschaften mit dem Auslande ausnützen soll oder nicht. Er kommt u. a. zu dem Ergebnis, es sei für die „wertwürdige Gedankenlosigkeit“ des wirtschaftlichen Denkens der Gegenwart charakteristisch, daß man den Weltmarkt als eine unerschöpfliche Auftragsquelle ansehe, die man sich immer wieder durch Unterbieten der Konkurrenten erschließen könne. Im Gegensatz dazu sehen die deutschen Fabrikanten den Inlandsmarkt und seine Preise als etwas unabänderliches an. Professor Bernhard schlägt deshalb vor, in derselben Weise auf dem Inlandsmarkt den Konkurrenten zu unterbieten, wie das auf dem Weltmarkt geschieht. Er hält es für wichtiger, wenn sich die deutsche Wirtschaft die Frage stelle, wie sie ihre Mehrproduktion im Inland absetzen könnten, statt zu überlegen, ob sie im Ausland unter den Inlandspreisen verkaufen dürfen.

Wir sind mit Professor Bernhard der Meinung, daß ein stärkeres Konkurrirren auf dem innerdeutschen Markt wesentlich mit dazu beitragen würde, die deutsche Wirtschaft zu beleben. Stärkere Konkurrenz verbilligte die Waren und förderte dadurch den Absatz. Allerdings müßte man es dann aufgeben, die Preise durch Kartelle und Syndikate festzulegen. Doch wird in Arbeitgeberkreisen wenig Reigung bestehen, diese Mittel aufzugeben. Auf Gewinne oder nur Teile von Gewinnen zu verzichten, dazu kann sich kein Unternehmer bereisfinden, trotzdem es im Interesse des ganzen deutschen Volkes läge. Aber der Arbeiterschaft, die kaum das Notwendigste zum Leben hat, der serviert man ohne Bedenken den Lohnabbau und preist ihn als einzige Rettung.

Daß manche Professoren „Auchwirtschafter“ sind und allerhand Rechenstücker erfinden, wissen wir von Professor Horneffer. Aber es gibt noch andere Wissenschaftler, die im verwandtschaftlichen Denoverhältnis zu Professor Horneffer stehen und die Lage der Arbeiterschaft als überaus glänzend sehen. Herr Professor Schmidt errechnet, daß trotz der ganzen ungünstigen Verhältnisse der Gegenwart der Reallohn 10 bis 20 Prozent über dem Vorkriegslohn liegt.

Wo steht die Lage der Arbeiterschaft in Wirklichkeit aus? Die Hälfte aller Lohnarbeiter hat kein steuerpflichtiges Einkommen. Die Hälfte aller der Invalidenversicherung unterstellten Arbeitnehmer leistet ihre Beiträge zu den Lohnklassen unter 30 RM. wöchentlich. Die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ schrieb vor längerer Zeit in einem Artikel den bezeichnenden Satz: „Leider müssen wir mit Empörung immer wieder feststellen, daß von den Steuerertrögen des Volkes bezahlte Professoren auf den lahmen Rücken eines einseitigen Arbeitgebermaterials gegen die Arbeiterschaft und deren Lebensinteresse Atacken zu reiten suchen.“

So sieht die Lohnsentungssation der Unternehmer aus. Auf Grund der übergroßen Zahl von Arbeitslosen glaubt man, den noch beschäftigten Arbeitern den minimalen Lohn kürzen zu können. Die ökonomische Macht der Unternehmer wächst ins Ungeheure, sie beherrscht zum großen Teil auch die Politik. Um Gewinn herauszuschinden, ist eben jedes Mittel recht. Mögen auch Millionen Arbeiter der öffentlichen Wohlfahrt zur Last fallen. — Die Arbeiterschaft kann nicht auf einen noch so kleinen Teil ihres Lohnes verzichten, ohne die eigene Existenz zu gefährden. Im Interesse des Volksganges sind von der Arbeiterschaft so manche Opfer gebracht worden. Es ist an der Zeit, daß auch andere Kreise stärker zu diesen Opfern herangezogen werden. Sind die Unternehmer tatsächlich an der Grenze des Möglichen angelangt, dann sollten sie ihre Geheimnisträmerel auf-

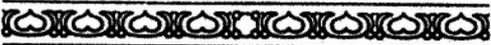


### Frei der Rhein!

Der 30. Juni 1930 ward ein Freudentag für das ganze deutsche Volk. Langsam, widerwillig sank die letzte Tricolore, der deutsche Rhein ist wieder frei! Auch die dritte Befreiungszone ist geräumt, keine fremde Fahne flattert mehr aus deutschen Häusern. Deutschland ist endlich wieder frei innerhalb der — so sehr beschnittenen — Grenzen. Freiheit, endliche, teuer bezahlte Freiheit, ist der Grundgedanke der ersten Befreiungsfeiern am deutschen Rhein.

Es ist nicht unsere Aufgabe, die zwölf Jahre Befreiungsnot, die zwölf Jahre Kampf am Rhein und um den Rhein zu schildern. Aber voll heißer Dankbarkeit grüßen wir unsere Brüder und Schwestern im befreiten Gebiete. Wir erinnern uns der unerhörten Opfer und Leiden, die sie in diesen Jahren erduldeten. Wir gedenken der Verdienste, die nicht zuletzt unsere christlichen Gewerkschafter in harten Notzeiten um die Erhaltung von Ruhe und Ordnung erwarben. Der deutsche Arbeiter hat seine Treue erwiesen, hat schwerste Opfer für Volk und Nation auch in diesem langwierigen Ringen gebracht.

Noch harren Tausende deutscher Volksgenossen in Ost und West der Wiedervereinigung mit dem großen deutschen Vaterlande. Das nächste Ziel muß die Rückgliederung des Saargebietes sein. Wir hoffen und wünschen, daß auch dort bald der Freiheitstag anbrechen möge. Eins soll uns alle immer einen: Der Glaube an Deutschlands Zukunft.



geben und die Bücher offenlegen. Aber solange man sich auf ihren Seiten sträubt, diesem berechtigten Wunsche der Arbeiterschaft nachzukommen, solange muß man an der Wahrheit ihrer Klagen zweifeln.

Mehr denn je muß sich die Arbeiterschaft in diesem Nöweyrtampfe zusammenschließen. Nur eine große Masse organisierter Arbeiter kann in einem solchen Kampfe wirkungsvoll eingreifen. Darum Kollegen, nicht eher gerührt und gestirbt, bis auch der letzte unorganisierte Kollege in unseren Reihen steht. P. Schf.

### Gemeinschaftsgeist

Die christlichen Gewerkschaften entstanden aus dem Willen ihrer Gründer, gemeinsame Aufgaben der Arbeiterschaft in gemeinsamer Arbeit zu lösen. Die Bildung christlicher Gewerkschaften war nicht so sehr Erfolg organisierter Werbearbeit, als vielmehr Durchbruch natürlicher Kräfte. Die geistige Verbundenheit gleichgesinnter Menschen suchte und fand äußere Form, sichtbaren Ausdruck der Gemeinschaft. Als christlich denkenden und handelnden Menschen muß uns allen dieses Gemeinschaftsgefühl, der Gedanke organischer Lebensverbundenheit, zu eigen sein.

Warum reden und schreiben wir augenblicklich so viel von Gemeinschaftsgeist, Gemeinschaftsarbeit? Woher kommt das Suchen nach neuen Formen, nach neuem Zusammenschluß?

Im Zeitalter der Rationalisierung ist es verständlich, daß man auch in der Gewerkschaftsbewegung eine stärkere Zusammenfassung und größtmögliche Ausnützung der vorhandenen Kräfte erstrebt. Es ist auch zu verstehen, wenn man dabei vielfach über das Ziel hinaus-schießt. Die größere Zahl, die Wucht einer größeren Masse wird oft überschätzt. Dabei wird leicht der Blick für notwendigste Gliederung getrübt.

Das Tempo des heutigen Lebens, die täglich sich steigenden Anforderungen an den einzelnen bringen so viele Sorgen und Arbeiten, daß davon leicht der Sinn für die Gemeinschaft überwuchert werden kann. Das um so leichter, je größer und umfangreicher das eigene Aufgabengebiet ist. Empfindet schon der Einzelmann diese Tatsache als Mangel, so wirkt sich dies in weit höheren Maße für die Organisationen schädlich aus. Daher auch das verständliche Bestreben, durch Bildung von Arbeitsgemeinschaften, durch Zusammenfassung der Kräfte eine stärkere gegenseitige Unterstützung zu ermöglichen. Dadurch bleibt das organische Eigenleben des Einzelverbandes ungeschwächt. In gegenseitiger Unterstützung und Hand-in-Handarbeit werden aber Kräfte der Gesamtheit dem einzelnen nutzbar, und dadurch das ganze Gebirgt.

In der bekannten „Arbeitsgemeinschaft christlicher Berufsverbände“ wurde diese gemeinsame Arbeit mit beachtlichem Erfolge ausgenommen. Es liegt nur an den Mitgliedern der beteiligten Verbände selbst, die Auswirkungen noch augenfälliger und wertvoller zu gestalten. Selbstlose Zusammenarbeit aller ist Voraussetzung für jeden Erfolg. Der alte Inhalt einer alten Idee, das menschlich-christliche der Gemeinschaft, soll wieder geweckt und gepflegt werden.

Am leichtesten — und eigentlich selbstverständlich — ist die gegenseitige Ergänzung und Zusammenarbeit in den Berufen, die vielfach unter einem Dache arbeiten. Wie viele Berührungspunkte hat der Buchbinder mit dem Buchdrucker, der Hilfsarbeiter mit beiden. Sind doch auch die verschiedenen Tarife der graphischen Berufe aufeinander abgestimmt, enthalten sie manche gleichlautende Bestimmung. In den Betriebsräten der Druckereien ist die verständnisvolle Zusammenarbeit aller graphischen Berufe unerlässlich. Wieviele Möglichkeiten gibt es ferner, sich in der Werbung neuer Mitglieder gegenseitig zu unterstützen! Die Berufsfragen berühren und ergänzen sich so vielfältig, daß auch reichlich Stoff für gemeinsame Vorträge, Kurse und Beschäftigungen gegeben ist.

All das geschah ja bisher schon vielfach. Aber nicht überall ging man mit gleichem Eifer an die Lösung der gemeinsamen Aufgaben. Das war unnütze Kräftezer-splitterung. Persönliche Hemmungen müssen vor großen Zielen zurücktreten!

Demnächst tagt die Generalversammlung des Gutenberg-Bundes. Sie wird auch die Frage der Zusammenarbeit und die Zusammenfassung der Kräfte beider Organisationen behandeln. Die beiden Hauptverwaltungen und die Sekretariate befehligen sich schon bisher einer recht kollegialen, freundschaftlichen Gemeinschaftsarbeit. Fruchtbringender und vielseitiger kann sie aber noch gestaltet werden, wenn das letzte Mitglied von der Notwendigkeit gegenseitiger Ergänzung überzeugt ist und sich in seinem Handeln danach einstellt. Dazu sind nicht Neugründungen nötig, auch Richtlinien und Anordnungen von oben dürften nicht das Entscheidende sein, der beste Erfolg ist immer dann verbürgt, wenn örtlich, aus eigenem Antriebe gehandelt wird. In der Zusammenfassung all unserer Kräfte, in der selbstlosen Mitarbeit jedes einzelnen, beruht die erfolgreiche Gemeinschaftsarbeit. Deshalb — auf zur Tat!

### Arbeitsrecht und Sozialpolitik

Die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes. Die oberste Spruch-, Beschluß- und Aufsichtsbehörde in der deutschen Sozialversicherung ist das Reichsversicherungsamt. Das Interesse der Arbeitnehmer an der Rechtsprechung des RVA. ist groß. Im Jahre 1929 wurden dem RVA. nach seinem Geschäftsbericht rund 44 000 Sachen zur Entscheidung vorgelegt, obwohl es nur unter bestimmten Voraussetzungen tätig wird. In der Unfallversicherung, als dem Zweig der deutschen Sozialversicherung, der mit 27 Millionen Versicherten den größten Personenteil umfaßt, waren auch die meisten Streitigkeiten, nämlich rund 16 000, zu entscheiden. Es folgen die Invalidenversicherung mit rund 11 000, die Knappschaftsversicherung mit rund 2000, die Krankenversicherung mit 1000, die Arbeitslosenversicherung mit fast 500 und die Angestelltenversicherung mit annähernd 400 Fällen. Von den zu entscheidenden 44 000 Sachen wurden rund 31 000 im Spruchverfahren ausgetragen. 18 000 Revisionen und Rekurse gingen im Berichtsjahre ein, 13 000 wurden aus dem Jahre 1928 übernommen. Erledigt wurden rund 17 500 Fälle. In 15 000 der im Jahre 1929 eingegangenen Streitigkeiten wurde das Rechtsmittel vom Versicherten und in nur 3 000 Fällen von den Versicherern als Träger eingeleitet. Soweit der Bericht Angaben darüber enthält, bezog sich die Mehrzahl der Streitfälle auf die Hauptleistung des betreffenden Versicherungszweiges. So war von den in der Invalidenversicherung durch Urteil erledigten 3 311 Revisionen in 1 695 Fällen über Invalidität, in 780 über Erlöschen der Anwartschaft und in 834 über Erfüllung der Wartezeit zu entscheiden.

Von den im Jahre 1929 zur Entscheidung gekommenen Fällen wurden etwa 7 700 durch Urteil nach mündlicher Verhandlung in öffentlicher Sitzung und 9 800 durch Verfügung des Vorsitzenden nach § 1713 RVD. erledigt. In 4 600 von den durch Urteil erledigten Fällen wurde das Rechtsmittel zurückgewiesen. Die Zurückweisung bedeutet, daß das in der Vorinstanz gefällte Urteil bestehen bleibt. Erfolgreich waren nur rund 1 300 Revisionen und Rekurse, das sind 7 v. h. der im Jahre 1929 überhaupt erledigten Sachen. 850mal ging das Verfahren günstig für den Versicherten aus, 450mal oblagte der Versicherungsverträger.

Nach § 1713 der Reichsversicherungsordnung kann das Rechtsmittel ohne mündliche Verhandlung verworfen werden, wenn sich der Vorsitzende des betreffenden Spruchsenats mit dem Berichterstatter darüber einigt, daß es unzulässig ist, verspätet eingeleitet wurde oder nach der Sach- und Rechtslage ausfindlos erscheint. Wenn das Verfahren an einem wesentlichen Mangel leidet, kann das angefochtene Urteil aufgehoben und die Sache an die Vorinstanzen oder den betreffenden Versicherungsverträger zurückgewiesen werden. Durch Verfügungen der Senatsvorsitzenden, die sich auf diesen § 1713 RVD. stützen, wurden im Jahre 1929 rund 9 800 Sachen erledigt. 4 500 Fälle wurden als ausfindlos zurückgewiesen, in 1 770 Fällen war die Revision unzulässig, weil ihre Voraussetzungen nicht erfüllt waren. Voraussetzung für eine Revision ist nämlich, daß das angefochtene Urteil auf der Nichtanwendung oder der unrichtigen

Anwendung des bestehenden Rechtes oder auf einem Verstoß gegen den klaren Willeninhalt beruht, oder daß das Verfahren an wesentlichen Mängeln leidet.

Über die Dauer des Verfahrens vor dem Reichsversicherungsamt sagt der Geschäftsbericht nur in den Abschnitten über Unfall- und Invalidenversicherung etwas. In der Unfallversicherung wurden von den im Jahre 1929 eingegangenen 9359 Rekursen und Anträgen nur 2857, von den aus dem Vorjahre übernommenen 6905 Sachen 5379 erledigt. Am Ende des Jahres 1929 waren also 1526 länger als ein Jahr anhängige Sachen vorhanden. Von den den Senaten für Invalidenversicherung neu zugegangenen 6889 Fällen wurden im Berichtsjahre nur 37,5 v. H. erledigt. Ein Rest von 4200 wurde unerledigt ins Jahr 1930 übernommen. Daneben blieben unerledigt aus dem Jahre 1927 eine Sache und aus dem Jahre 1928 76 Sachen. Selbst unter Berücksichtigung der starken Belastung des Reichsversicherungsamtes und des durch Nachprüfungen, Besichtigungen, Beschaffung von neuem Tatsachenmaterial usw. entstehenden Zeitverlustes ist eine Verfahrensdauer von durchschnittlich einem Jahre zu lang. In Anbetracht der Eigenart der vom Reichsversicherungsamt auszubehenden Gerichtsbarkeit, deren Aufgabe es auch sein soll, dem Arbeitnehmer bald zur Klarheit über seine Ansprüche zu verhelfen, ist nur zu wünschen, daß in dieser Beziehung bald Wandel geschaffen wird. H. Barisch.

**Beteiligung der Betriebsvertretungen bei Besichtigungen gewerblicher Betriebe durch die Gewerbeaufsichtsbeamten.** Nach einem Erlass des preussischen Handelsministers vom 31. Mai 1922 sind die Betriebsvertretungen (Betriebsrat, Arbeiter, Angestelltenrat, Betriebsmann) von den Gewerbeaufsichtsbeamten an den Besichtigungen und -besprechungen zu beteiligen. Der Minister für Handel und Gewerbe sieht sich veranlaßt, die wirksame Durchführung des Arbeitnehmerbeschutzes unter Bezugnahme auf den vorstehend erwähnten Erlass darauf hinzuweisen, daß die Betriebsvertretungen nicht nur bei der Nachprüfung von Beschwerden, sondern grundsätzlich bei allen Betriebsbesichtigungen, die von den Gewerbeaufsichtsbeamten vorgenommen werden, zu beteiligen sind. Nur bei einer solchen Fühlungnahme der Gewerbeaufsichtsbeamten mit den Betriebsvertretungen ist die Möglichkeit gegeben, daß die Betriebsbesichtigungen die ihnen nach den Bestimmungen des Betriebsratsgesetzes obliegenden Aufgaben zweckmäßig erfüllen können. Der Handelsminister erwartet von den Gewerbeaufsichtsbeamten, daß sie die Betriebsbesichtigungen dazu benutzen, die Betriebsvertretungen an Hand ihrer Erklärungen ständig über die gesetzlichen Bestimmungen des Arbeitnehmerbeschutzes und über die Unfall- und Gesundheitsgefahren, und die Mittel zu ihrer Verhütung aufzuklären und zu unterrichten, um sie so zur Durchführung der ihnen obliegenden Aufgaben anzuregen und anzuleiten. Wie bereits in dem Erlass vom 31. Mai 1922 ausgeführt wurde, wird es im allgemeinen genügen, soweit nicht lediglich der Betriebsmann in Frage kommt, nur den Vorsitzenden oder ein von diesem beauftragtes Mitglied der Betriebsvertretungen an den Besichtigungen und Besprechungen zu beteiligen.

**Unbegrenzte Weitergeltung der Anordnung über Kurzarbeiterunterstützung.** Durch eine dritte Anordnung über die Weitergeltung der Anordnung über Kurzarbeiterunterstützung hat der Verwaltungsrat der Reichsanstalt mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers angeordnet, daß die bisherige Begrenzung der Geltungsdauer dieser Anordnung fortfällt. Die Kurzarbeiterunterstützung bleibt daher bis auf weiteres in der bisherigen Form bestehen.

**Der Begriff „arbeitslos“.** Vom Reichsversicherungsamt ist der Begriff „arbeitslos“ gesetzlich festgelegt worden. Danach ist im Sinne des § 397 Abs. 1 arbeitslos, wer nach als zum Kreise der Arbeitnehmer gehörig angesehen ist. Wer eine Angestellten Tätigkeit nur im Nebenberufe ausübt und hauptsächlich anderweitig tätig ist, gilt nicht als arbeitslos, wenn lediglich der Nebenberuf wegfällt. Auch derjenige, welcher ein eigenes Geschäft oder eine selbständige Vertretung übernimmt, gilt als aus dem Kreise der Arbeitnehmer ausgeschieden, wobei die Höhe des Einkommens völlig gleichgültig ist.

**Allgemeine Rundschau**

**Das 25jährige Jubiläum unserer belgischen Bruderorganisation.** Zu Pfingsten feierte die belgische christliche Organisation der Papier- und Buchdrucker ihr 25jähriges Bestehen. Der Geschäftsführer, Kollege Claassens, sowie der Verbandsvorsitzende, Kollege Mayeur, konnten gleichzeitig auf eine 25jährige Funktionstätigkeit zurückblicken.

Am Pfingstamstag veranstaltete die Ortsgruppe Antwerpen einen sehr schön aufgezogenen Begrüßungsabend für alle Delegierten und Gäste, verbunden mit einer besonderen Feier zu Ehren der Jubilare Claassens und Mayeur. Den Glückwunschsreden schlossen sich auch die Vertreter der Internationale an. Kollege Thranert sprach für die Internationale im allgemeinen und je ein Vertreter für die einzelnen Landesverbände. Die Jubilare Claassens und Mayeur wurden im besonderen durch Übergabe von wertvollen Geschenken geehrt.

Am ersten Pfingstfeiertag, nach dem gemeinschaftlichen Gottesdienst in der Karoluskirche zu Antwerpen, wurde Delegierten und Gästen ein besonderer Empfang im Rathaus zuteil. Anschließend bewegte sich ein Festzug mit ca. 500 Teilnehmern, an der Spitze eine starke, uniformierte Kapelle, durch verschiedene Straßen zum Festlokal im christlichen Gewerkschaftshaus in der Nationalstraße. Dort ehrten die örtlichen Abordnungen mit Blumen die vorgenannten Funktionäre. Der Vorsitzende des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften von Belgien, Kollege René de Brunne hielt die Festrede. Er hob hervor, welche schweren Kämpfe der festgebende Verband innerhalb seines 25jährigen Bestehens, besonders gegenüber der sozialistischen Organisation, durchschreiten mußte. Ist doch die Entwicklung desselben noch weit mehr erschwert worden, als die unseres eigenen Verbandes. Ansprachen hielten die Vertreter der Regierung, der Stadt Antwerpen sowie Abgeordnete. Die Jubilare Claassens und Mayeur erhielten staatliche Orden, auch einige andere Kollegen bekamen Auszeichnungen für hervorragende sozialpolitische Tätigkeit. Nachmittags fand eine große Hafenrundfahrt auf zwei Schiffen statt und abends ein gemeinsames Festmahl, verbunden mit einer sehr schönen Feier zu Ehren aller Jubilare.

Am zweiten Feiertag, nachmittags, tagte der Vorstand des Internationalen Bundes der christlichen Gewerkschaften für die graphischen Berufe. Hierbei war auch erstmals die christliche Organisation für die graphischen Berufe Frankreichs mit zwei Kollegen aus Paris vertreten. Es wurde hier in erster Linie beraten, auf welche Art und Weise man der Internationale weitere Ausdehnung geben könne. Auch wurde das Arbeitslosenproblem international erörtert und hatte hierbei unser Verbandsvorsitzender, Kollege Hornbach, den einleitenden Vortrag.

Nachmittags wurde die Antwerpener Weltausstellung für Schiffahrt und Verkehr besichtigt.

Unsere belgischen Freunde haben anlässlich der Feier engste gegenseitige Verbundenheit zum Ausdruck gebracht und ihre Führer in einer geradezu musterghültigen Form geehrt. Auch den Vertretern der Internationale hat man größte Aufmerksamkeit geschenkt; ihnen werden deshalb die Tage in Antwerpen unergötzlich bleiben.

Wäre es unserer belgischen Bruderorganisation verdonnert sein, in der neuen Periode ihren Mitgliederbestand so zu verstärken, daß die jetzt noch bestehenden tarifpolitischen Schwierigkeiten recht bald voll und ganz überwunden werden können.

**Eine beachtliche Mahnung.** Vom Deutschen Versicherungsamt wird uns geschrieben:

Infolge der großen Arbeitslosigkeit sind manche der bei unserer Deutschen Lebensversicherung G.W. Versicherten nicht in der Lage, ihre Versicherungsbeiträge weiter zu entrichten. Leider machen diese von der Arbeitslosigkeit Betroffenen der Gesellschaft keine entsprechende Mitteilung, sie stellen insbesondere keinen Antrag auf Stundung der Beiträge, reagieren auch nicht auf Mahnungen; erst dann, wenn der unvermeidliche Zahlungsbefehl erfolgt, beschweren sie sich bei ihren zuständigen Gewerkschafts-Geschäftsstellen. Es entstehen hierdurch nicht nur unliebsame Differenzen, sondern auch unnötige Kosten.

Es ist selbstverständlich, daß jede Versicherungsgesellschaft auf regelmäßige und pünktliche Zahlung der übernommenen Versicherungsbeiträge halten muß. Abgesehen von dem großen sozialen und wirtschaftlichen Wert der Versicherung, der freiwilligen Fürsorge für Not und Alter, ist die Gesellschaft gezwungen, für die Einhaltung eingegangener Verpflichtungen einzutreten, weil sie selber ja auch eingegangene Verpflichtungen erfüllen muß. Unsere Deutsche Lebensversicherung G.W. hat zur Zeit über eine halbe Million Versicherte. Im Jahre 1929 hat sie für Sterbefälle rund 1 1/2 Millionen RM. gezahlt, ihre Prämienreserve betrug am 31. Dezember 1929 10,4 Millionen RM.

Aber auch aus anderen Gründen hält die Gesellschaft auf pünktliche Zahlung der Versicherungsbeiträge. Vorgezigt aufzugebene Versicherungen sind immer mit einem Verlust für den Versicherten verbunden. Jede Versicherung wächst aus natürlichen Ursachen erst allmählich ins Geld. Die Gesellschaft handelt daher sowohl im Interesse des Versicherten als auch im eigenen, wenn sie auf die Aufrechterhaltung jeder Versicherung drängt, weil vorgezigt Aufgabe der Gesellschaft unproduktive Arbeit und dem Versicherten keine Befriedigung bringt.

Wenn sich die Gesellschaft aus den vorstehenden Gründen vor allem um die Aufrechterhaltung eingegangener Versicherungen bemüht, so ist sie andernfalls in Notfällen, wo beispielsweise Arbeitslosigkeit vorliegt, bereit, entweder die Beiträge zu künden oder andere Hilfsmaßnahmen zu treffen. Selbstverständlich muß ihr das Recht bleiben, den einzelnen Fall zu prüfen, weil recht häufig unsachliche Gründe gesucht werden, um von der Versicherung wieder loszukommen; nicht selten stehen auch Konkurrenzgesellschaften dahinter. Es muß hinzugefügt werden, daß sehr oft diejenigen, die mit allen Mitteln von der Versicherung loszukommen versuchen, in schärfster Weise ihr Recht zu finden wissen, wenn in der Zeit, wo sie sich von der Versicherung befreien wollen, der Versicherungsfall eintritt. Sie drängen dann ebenso sehr auf Zahlung der Versicherungssumme.

Wir machen daher die Gewerkschaftsmitglieder darauf aufmerksam, daß sie in den Fällen, in denen sie ihre Versicherungsbeiträge nicht zu zahlen vermögen, sich an den zuständigen Vertreter der Versicherungsgesellschaft wenden, insbesondere rechtzeitig den Antrag auf Stundung stellen. Sie sollen, sobald die erste Mahnung eingeht, entweder den Rat der Gesellschaft einholen oder sich schon dann an ihren zuständigen Gewerkschaftsangehörigen wenden, nicht aber warten, bis der Zahlungsbefehl eingelaufen ist, weil hierdurch unnötige Kosten und Verzögerungen hervorgerufen werden. Die Gewerkschaftsangehörigen selber aber werden gebeten, den Mitgliedern an die Hand zu gehen, um einen beide Teile befriedigenden Ausweg herbeizuführen.

**Wieviele Arbeitslose haben die Länder Europas? Die Arbeitslosigkeit beschränkt sich nicht auf Deutschland, sie ist zu einem Weltproblem geworden, das insbesondere auch — gleichsam als Alt ausgleichender Gerechtigkeit — die „Siegerländer“ drückt. Mit Ausnahme Frankreichs, das Mitte März nur 1639 registrierte Arbeitslose zählte und dessen Industrie vom 17. Februar bis 15. März 9025 ausländische Arbeiter aufnahm. Außerdem wanderten in der gleichen Zeit 2215 fremde Landarbeiter ein. Schlimm ist die Arbeitslosigkeit in Großbritannien, das unter seinen 43 Millionen Einwohnern Anfang April 1 676 400 unterstützte Erwerbslose zählte, das sind eine halbe Million mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres. In der Tschechoslowakei waren von den 13,6 Millionen Einwohnern Ende März 86 156 erwerbslos, 33 000 mehr als im Vorjahre. In Bulgarien (5,4 Millionen Einwohner) sind von den etwa 200 000 in Handel und Industrie beschäftigten Arbeitnehmern rund 70 000 arbeitslos. In der Schweiz (3,9 Millionen Einwohner) waren Ende März bei den Arbeitsämtern 10 000 Stellenjunge eingeschrieben. In dem kleinen Danzig mit seinen 350 000 Einwohnern waren Ende April 18 500 unterstützte Erwerbslose, in Deutschland-Preußen (6,5 Millionen Einwohner) Mitte April 311 174 unterstützte Erwerbslose.**

**Die kleinen Spartanten.** Berechtigte Überlegungen werden in dieser Zeit vielfach angestellt über die Herkunft der deutschen Spareinlagen. Bekanntlich hat das Jahr 1929 abgeschlossen mit einem Bestand an Spareinlagen bei den deutschen Sparkassen von mehr als 9 Milliarden RM. Die Zahl der Sparer betrug Ende desselben Jahres etwa 15 Millionen. Auf jeden vierten Deutschen entfiel somit fast ein Sparkassenbuch der öffentlichen Sparkassen. Von den Sparbüchern weisen ein gutes Drittel ein Guthaben auf von nur 20 RM. Rund die Hälfte aller Sparbücher lauten auf Beträge bis zu 100 RM. und etwa 80 Prozent der Gesamtzahl sind Konten bis zu 500 RM.

Die sogenannten kleinen Spartanten nehmen also sowohl ihrer Zahl nach als auch hinsichtlich der aufzubringen Summe einen ansehnlichen Platz ein. Sicher werden die Inhaber dieser kleinen Konten fast nur unter den „kleinen Leuten“ zu finden sein. Kleine Leute, denen man wahrlich weder Reichtum noch Wohlstand nachsagen kann, die vielmehr durch die Zeitverhältnisse genötigt, kampftafelste Anstrengungen machen müssen, für Notzeiten einen Groschen zurückzulegen.

Die Bedeutung der kleinen Spartanten und der Spartätigkeit der kleinen Leute wird recht deutlich gekennzeichnet durch den Geschäftsbericht der Deutschen Bank und Diskontogesellschaft (Debi-Bank) für das Jahr 1929. Da wird ausgeführt: „Der Werbung kleiner Spartanten haben wir im abgelaufenen Jahre besondere Sorgfalt zugewandt. Während in den ersten 11 Monaten des Jahres die Kreditoren der Monatsausweise veröffentlichten Kreditbanken um RM. 797 Millionen sich erhöht haben, betrug bei den Sparkassen der Zuwachs an Spareinlagen in der gleichen Zeit 1834 Millionen RM. Die Kapitalbildung in Deutschland erfolgt also zum großen Teil in kleinen Beträgen in der breiten Masse der Bevölkerung. Es ist die wichtige und nützliche Aufgabe der Sparkassen, die Spartätigkeit anzuregen und den Sparern die Möglichkeit zu geben, das Ersparte bei angemessenem Zins sicher und in bequemer Weise anzulegen. Das Anliegen der Sparkassen ist also nicht das primäre, sondern ergibt sich nur aus der Notwendigkeit, den Einlegern Zins zu vergüten. Dagegen ist es primäre Aufgabe der Banken, die Kreditbedürfnisse der Wirtschaft zu befriedigen, und es ist daher nicht nur ihr Recht, sondern ihre Pflicht, die im Lande verfügbaren Gelder für diesen Zweck heranzuziehen. Sie können unter den heutigen Verhältnissen in Deutschland an einer so ergiebigen Geldquelle, wie es das kleine Spartapital ist, nicht vorbeigehen.“

Hier haben wir die Erklärung dafür, weshalb man auch die Banken die gewaltigen Anstrengungen machen, auch das kleine Spartapital an sich zu reißen. Diese Feststellungen, insbesondere die der Debi-Bank, sollen den deutschen Arbeitnehmern nachhaltig den Weg weisen zu den eigenen Sparinstituten. Sie sollen den nachhaltigsten Ansporn und Eifer geben zu planmäßiger Spartätigkeit. Die Spareinlagen der Arbeitnehmer sollen auf fundierten Sparbanken der Arbeitnehmer angehäuft werden. Die christlich-nationalen Arbeiter, Angestellten und Beamten müssen immer wieder auf die eigene Bank, auf die Deutsche Volkbank, hingewiesen werden.

**Schriftmacher des Unglaubens.** Die freien Gewerkschaften sind zweifelsohne die erfolgreichsten Vorkämpfer für das Neubeuidentum. Unter dem Deckmantel ihres rein „ökonomischen Zweckes“ versuchen sie, die noch religiös empfindenden Arbeiter in ihre Reihen einzugliedern, um sie dann ganz allmählich von der „Überordnung“ des materialistischen Sozialismus zur „Ausschließlichkeit“ desselben zu „belehren“. Sie sind heute abgekommen von der groben Bekämpfung der Religion, das heißt, sie wenden die taktische Klugheit des Volkes an, der im Schafspelze durch die Lande zieht. Sie suchen die alten religiösen Formen beizubehalten und ihnen einen rein religiösen Sinn zu unterlegen. Ihr neuzeitliches Mittel sind die Jugendweihen, für die sie allenthalben werbend eintreten. So lasen wir unlängst im „Aufwärts“, dem Organ der freien Gewerkschaften Berlins: „Die seit dem letzten Jahre gemeinsam von den freien Gewerkschaften, der Partei und den Freidenkern durchgeführten Jugendweihen der Berliner Arbeiterschaft haben der Zersplitterung auf diesem Gebiete ein Ende gemacht. — Vier Feiern versammelten Tausende zu dieser Feiertunde der Jugend — gewiß ein schöner Erfolg des Wirkens, an Stelle der kirchlichen Konfirmation und Kommunion in einer sinnvollen Feier den Abschluß der Kindheit und die Aufnahme in die Reihen der Arbeiterschaft darzustellen. Anmeldungen für die Herbstjugendweihen sind in der freigewerkschaftlichen Jugendzentrale im Gewerkschaftshaus zu machen.“

**Für unsere Jugendgruppen**

**Jugendgruppe Danzig.** Zum 20. Mai hatten wir unsere jugendlichen Mitglieder zur Gründungsversammlung einer eigenen Jugendgruppe eingeladen. Erfreulicherweise waren sie auch ziemlich vollständig erschienen. Kollege Heuft vom christlichen Tabakarbeiterverband hieß unsere Jugend herzlich willkommen und sprach über die Bedeutung und Aufgaben gewerkschaftlicher Jugendbewegung. Hernach wurde die Ausgestaltung der Gruppenabende durchgesprochen und der Jugendgruppenvorstand gebildet. Als Jugendleiterin wurde die Kollegin Hilde Kallwitz, als Beisitzerinnen die Kolleginnen Elfi Boyte und Elisabeth Kucal einstimmig gewählt. Vorstand und Jugendgruppe untersteht voll der Ortsgruppe. Zur Jugendgruppe sind gegenwärtig 11 jugendliche Kolleginnen gemeldet, die sich verpflichteten, regelmäßig und aktiv in der Jugendbewegung tätig zu sein.

Zum Jugendtag unserer christlichen Gewerkschaftsjugend in Elbing am 27. Juli haben sich acht Kolleginnen zur Teilnahme bereit erklärt.

Nachdem wir noch etwas gemütlich und fröhlich beisammen waren, konnte die Gründungsversammlung geschlossen werden. Unsere Jugend in Danzig wird sich als Richtschnur dienen lassen, den Aufstieg der Jugend ganz im Sinne unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung zu vollziehen.

**Aus den Berufen**

**Der Drucker-Hilfsarbeiter-Tarif allgemeinverbindlich**  
Abschrift.

Der Reichsarbeitsminister Berlin NW 40, den 28. Juni 1930.  
IIIb 125 B/213 Tar.

**Entscheidung.**

Der nachstehend bezeichnete Tarifvertrag wird im angegebenen Umfange gemäß § 2 der Tarifvertragsverordnung (Reichsgesetzbl. 1928 I. S. 47) für allgemeinverbindlich erklärt:

- Parteien des Tarifvertrages:
  - auf Arbeitgeberseite: Deutscher Buchdruckerverein (E. B.)
  - auf Arbeitnehmerseite: Verband der graphischen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands; Graphischer Zentralverband.
- Tag des Abschlusses: 8. März 1930, Reichstarif für das Deutsche Buch- und Zeitungsdrucker-Hilfspersonal (Manteltarifvertrag).
- Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit:
 

Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen in Buch- und Zeitungs-Druckereien sowie in Druckerei-Abteilungen sachfremder Betriebe. Die Allgemeinverbindlichkeit erstreckt sich nicht auf Arbeitsverhältnisse in Druckereiabteilungen sachfremder Betriebe, die Buchdruckerarbeiten überwiegend zur Herstellung der Betriebsprodukte verrichten. Sie erstreckt sich ferner nicht auf Arbeitsverhältnisse in Druckereiabteilungen der Gemeinden, Gemeindeverbände, der Länder und des Reiches, die Buchdruckerarbeiten lediglich für Verwaltungszwecke verrichten. Die Allgemeinverbindlichkeit erstreckt sich auf die Arbeitsver-

hältnisse in der Reichsdruckerei insoweit, als nicht in dem Sondertarifvertrag der Reichsdruckerei besondere Bestimmungen getroffen sind.

- Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gebiet des Deutschen Reiches.
- Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht auf die Bestimmungen für Tariforgane (§§ 11—18 des Tarifvertrages).
- Beginn der allgemeinen Verbindlichkeit: 1. Juni 1930.
- Ende der allgemeinen Verbindlichkeit:

Die allgemeine Verbindlichkeit endet, vorbehaltlich einer früheren Aufhebung durch den Reichsarbeitsminister, mit dem Tarifvertrag.

Die Allgemeinverbindlichkeit des Reichstarifs vom 30. März 1927 hat geendet.

Im Auftrag gez.: Dr. R o e s. Eingetragen am 26. 6. 1930 auf Blatt 7569/9719 Ifd. Nr. 3 des Tarifregisters. Der Registerführer.

**Aus den Ortsgruppen**

**Wiedenbrück.** Unsere Quartals-Generalversammlung am Dienstag, den 24. Juni, im Verbandslokal Klein war sehr gut besucht. Nach Begrüßung der Anwesenden, besonders unseres Bezirksleiters, Kollegen K e m b ü g l e r, Dortmund, behandelte man die einzelnen Tagesordnungspunkte. Unter „Geschäftliches“ wurde bekanntgegeben, daß unsere Ortsgruppe nunmehr dem Ortsrat der christlichen Gewerkschaften angeschlossen ist. Alsdann wurde der Kasernenbericht für das verlossene Quartal erstattet. Ein Rundschreiben der Bezirksleitung kam zur Besprechung. Der Erhöhung des Bezirksbeitrages wurde zugestimmt und der fällige Betrag bereits abgeführt. Einige Ergänzungswahlen wurden vorgenommen. Der Ortsvorstand hat nun folgende Zusammensetzung: 1. Vorsitzender Kollege Jasperneite, Kassierer Kollege B o g e l s ä n g e r, Schriftführer Kollege E l l e f r e d, Beisitzer sind die Kollegen J a h n e b r i n g und L a n g h o r s t, sowie die Kolleginnen L a n g e r a t und S ü d b r o d. Als Delegierte zur diesjährigen Bezirkskonferenz in Essen wurden die Kollegen Jasperneite und Bogelsänger gewählt. Erfreulich war die Einmütigkeit bei allen Wahlen.

Kollege Kembügler hielt dann einen Vortrag über die augenblickliche wirtschafts- und sozialpolitische Lage. Dergleichen behandelte er den neuen, am 26. Mai abgeschlossenen Tarifvertrag für unseren Betrieb. Die Ausführungen wurden sehr beifällig aufgenommen und vieles in der Aussprache noch besonders unterstrichen. Die Vorgänge, wie wir Arbeiter sie im Wirtschaftsleben sehen, waren Gegenstand eingehender Erörterung. Der Kampf gegen die Rechte der Arbeiterschaft ist zu bedauern. Es geht nicht an, daß immer wieder bedeutende Verschlechterungen die Arbeiterschaft treffen sollen. Zur Inangabringung der Wirtschaft kann nicht nur die Arbeiterschaft Opfer bringen. Die Arbeiterschaft weiß heute vielfach nicht von einem zum anderen Tag zu kommen. Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit, Unsicherheit für die Zukunft lastet schwer auf ihr. Bedauerlich ist, daß angesichts der Not durch die große Arbeitslosigkeit heute Rundgebungen und Resolutionen gegen notwendige Maßnahmen der Regierung in großer Zahl hervortreten. Mehr Volksgemeinschaftsgeist seitens dieser Schichten würde dem ganzen deutschen Volke zuträglich sein. Schluß mit allem Feilschen und Verhandeln und endlich zur notwendigen Tat schreiten, ist das Gebot der Stunde. Unsere sozialpolitische Gefährdung betreffend ist äußerste Vorsicht geboten. Die Arbeiterschaft sagt mit Recht, Hände weg von der Sozialversicherung. Nicht Abbau, sondern notwendiger Ausbau ist unser Ziel. Unsere bekannten Forderungen in der Invaliden- und Unfallversicherung sind endlich durchzuführen.

Unser neuer Tarifvertrag bringt ab 1. Juni folgende Änderungen: Der Abfah „Rehrstunden“ ist gefallen, dafür ist ein neuer Abfah „Überstunden“ geschaffen. Letztere sind nach Vertretung mit der gesetzlichen Arbeitervertretung zu leisten. Im Aufschlag muß 25% gezahlt werden. Der Höchstlohn für männliche Arbeiter wird nun bereits mit 23 Jahren gewährt, bisher mit 24 Jahren. Es wurden zwei neue Ferientaffeln geschaffen und zwar werden nach 5 Jahren Betriebszugehörigkeit 7 und nach 8 Jahren Betriebszugehörigkeit 9 Arbeitstage Ferien gewährt. Betreffs Feiertage wurde festgelegt, daß die tariflichen Feiertage bereits nach zweijähriger Beschäftigung bezahlt werden müssen, bisher nach vierjähriger Beschäftigung. Die Mitglieder waren einmütig der Ansicht, daß die Tarifänderungen in der heutigen Zeit als gute Verbesserungen zu betrachten sind. Wir sind einen Schritt vorangekommen. Notwendige weitere Verbesserungen müssen in der Zukunft zu erreichen getrachtet werden. Die Mitglieder sind aber der Ansicht, daß für die Titlen- und Beutelbranche wieder ein Reichstarif geschaffen werden muß. Letzteres dürfte sicher auch im Interesse der Betriebe liegen.

Nach einem kernigen Schlusswort des Vorsitzenden, weiter treu und fest zum Verbands zu stehen, wurde die gut verlaufene Versammlung geschlossen.

**Literatur-Eingänge, Besprechungen**

**Rationalisierung und Arbeiter.** Von Wilhelm Mauer. 8., brochiert, 50 Seiten stark. Verlag: Christlicher Gewerkschafts-Verlag, Berlin-Wilmersdorf. Preis 0,50 RM. Für Mitglieder der christlichen Gewerkschaften Preisermäßigung.

Diese Schrift will vornehmlich Arbeiter in Methoden und Wegen der Rationalisierung einjähren. Das Gute an ihr soll gefördert sowie das Gefährliche und Schädliche gemindert werden. Gesetze, Kräfte, Begriffe und Organisationen der Rationalisierung werden geschilbert, ebenso auch ihre Anwendung und Durchführung sowie Licht und Schatten, die dadurch ausgemacht wurden. Insbesondere wird dargelegt, wie die Lage der Arbeiter dadurch geändert hat und welche Aufgaben sich aus dieser Reorganisation der Arbeits- und Wirtschaftsweise für Arbeitnehmer und Volksgemeinschaft ergeben. Die leichtverständlich gehaltene Schrift schließt zugleich aus praktischen Erfahrungen der neuen Industriearbeit. Sie will auch wieder deren Befragung dienen mit dem Ziele, dem schaffenden Menschen eher zu seinem Recht zu verhelfen (sowie das Wohl aller Fächer zu fördern. Die Broschüre verdient daher allgemeine Beachtung.

**Briefkasten**

- G. in G. Ist verwendet. Ähnliches immer willkommen. Besen Dank und Gruß.
- H. in R. Fein ausgefallen! Wird das nächste Mal kommen. Brief folgt. Freundlichen Gruß.
- A. in G. Um einen Tag verspätet! In der angehängten Sache kann nie genug gesehen. Also füge Deine Absicht bitte bald aus. Freundlichen Gruß.
- M. in J. Deine Frage ist berechtigt. Bitte dich nach Du Material in vorliegender Nummer? Alles übrige in Ordnung. Dank und Gruß.

**Bekanntmachungen des Vorstandes**

**Abrechnungen** gingen ein bis zum 28. Juni 1930: Saarbrücken und Ohlau.

**Gelder** gingen ein bis zum 28. Juni 1930: Bonn, Dejan, Rheinb. Köln, Eibenlof, Pirmasens, Düsseldorf, Düren, Regener, Ohlau, Eisen, Dulsburg, Mainzburg, Mainz, Bahr, Wiesbaden, Rheim, Lüdingen, Breslau, Regensburg, Essen, Reichen, Jütlbau.

Die **Arbeitslosenstatistik** muß in der Zeit jetzt pünktlicher denn je durchgeführt werden. Wir bitten um genaue Ausfüllung und rechtzeitige Einreichung der Karten.

Mit Erscheinen dieser Nummer ist der 27. Wochebeitrag fällig.

**Anzeigen**

Unserer lieben Kollegin Käthe Börger nebst Bräutigam zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. Ortsgruppe Essen.

Unserem lieben Kollegen Wilhelm Freitag nebst Braut zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. Ortsgruppe Paderborn.

Unserer lieben Kollegin Margarete Kaulen nebst Bräutigam zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. Ortsgruppe Rheind.

Unseren lieben Kollegen Fritz Lencé und Michael Schick zu ihrem 25jährigen Arbeitsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche. Die Kolleginnen und Kollegen der Firma Carl Schleicher & Schüll, Düren.

Unserem lieben Vorsitzenden Eduard Lehmler zu seinem 25jährigen Arbeitsjubiläum bei der Firma „Neuf-Groenbroicher Zeitung“ die herzlichsten Glück- und Segenswünsche. Ortsgruppe Neuf.

Unserem lieben Kollegen Georg Schuirer zu seinem 50jährigen Arbeitsjubiläum bei der Firma Friedr. Büflet die herzlichsten Glückwünsche. Ortsgruppe Regensburg.

Am 15. Juni wurde uns unser lieber Kollege Friedrich Holzmann durch den unerbittlichen Tod entzissen. Wir verlieren in ihm einen treuen, immer hilfsbereiten Kollegen. Sein Andenken bleibt in Ehren. Ortsgruppe Gumbinnen.